Wie Hagel und Özdemir bewertet werden

STUTTGART *BaWü-Check arbeitet die Unterschiede zwischen den Spitzenkandidaten von CDU und Grünen heraus*

Von unserem Redakteur Jürgen Paul

Die anstehende Landtagswahl im Frühjahr 2026 ist der Schwerpunkt des aktuellen BaWü-Checks der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Doch wie jedes Mal haben die Forscher des Instituts für Demoskopie Allensbach auch die allgemeine Stimmung im Land abgefragt. Und hier ist im Vergleich zum Jahresanfang eine Aufhellung zu beobachten. Demnach blicken nun 35 Prozent der befragten Bürger mit Hoffnungen in die Zukunft, im Februar waren es nur 28 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil jener Baden-Württemberger, die mit Befürchtungen auf die kommenden zwölf Monate schauen, von 37 Prozent auf 25 Prozent zurückgegangen. Mit Skepsis blicken weiterhin ebenfalls 25 Prozent der Befragten in die nahe Zukunft.

BaWü-Check

Zweikampf erwartet Der nächste Ministerpräsident dürfte nach Lage der Dinge entweder von der CDU oder von den Grünen kommen. Es läuft auf ein Duell zwischen Manuel Hagel und Cem Özdemir hinaus. Schließlich liegen CDU mit 33 Prozent und Grüne mit 27 Prozent aktuell an der Spitze der Wählergunst. Die AfD ist mit Zustimmungswerten von 23 Prozent allerdings nicht weit von den Grünen entfernt.

Je nachdem, welcher Partei und welchem Kandidaten sie nahestehen, fallen die thematischen Schwerpunkte der Bürger unterschiedlich aus. Bei den Unterstützern von Manuel Hagel liegen die Themen Innere Sicherheit, Schutz vor Kriminalität (67 Prozent) Zuwanderung (60 Prozent) und Wirtschaft ((58 Prozent) klar vorne. Den Unterstützern von Cem Özdemir ist hingegen der Umwelt- und klimaschutz (62 Prozent) am wichtigsten. Es folgen die Themen Bildung/Schulen (58 Prozent) und Gesundheit/Gesundheitsversorgung (54 Prozent).

Eigenschaften Klare Unterschiede ergeben sich auch bei der Frage, wie die Baden-Württemberger die beiden aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten einschätzen. So schreiben 84 Prozent derjenigen, die Cem Özdemir kennen, ihm Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz zu. Bei Manuel Hagel sind es lediglich 48 Prozent. Dafür punktet der CDU-Kandidat mit einer verständlichen Sprache (86 Prozent). Dies schreiben 80 Prozent der Befragten aber auch Özdemir zu. 77 Prozent attestieren dem Grünen große politische Erfahrung. Hier kann der 37-jährige Hagel mit 58 Prozent nicht mithalten.

Dafür sind 79 Prozent der Bürger der Ansicht, dass Hagel zu Baden-Württemberg passt. Bei Özdemir sind es nur 62 Prozent. Und auch bei der Sympathie liegt Hagel mit 74 Prozent vor seinem grünen Kontrahenten (67 Prozent). Wirtschaftskompetenz sprechen Hagel 77 Prozent der Befragten zu, Özdemir nur 44 Prozent. Und so verwundert es auch nicht, dass deutlich mehr Menschen der Ansicht sind, Hagel könne Baden-Württemberg voranbringen (72 Prozent), als sie dies Özdemir zutrauen (56 Prozent).

Koalitionen Gut möglich, dass sich CDU und Grüne nach der Landtagswahl in einer gemeinsamen Koalition wiederfinden. 23 Prozent der Befragten wünschen sich eine schwarz-grüne Landesregierung. 21 Prozent bevorzugen eine Koalition zwischen CDU und AfD, 15 Prozent sprechen sich für eine Deutschland-Koalition aus CDU, SPD und FDP aus. Eine Landesregierung aus Grünen, SPD und Linken wünschen sich 13 Prozent der Bürger.

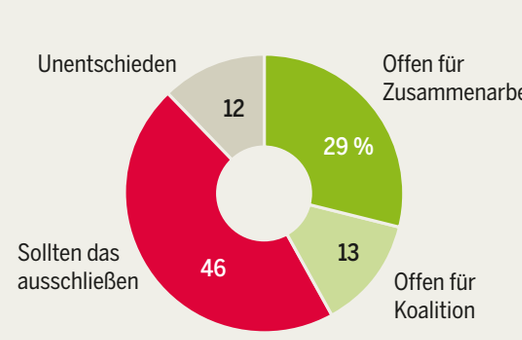
Die Forscher aus Allensbach weisen darauf hin, dass sich das Stimmungsbild bis zur Landtagswahl im nächsten Frühjahr noch erheblich verändern kann. „Weniger in Bezug auf die politische Agenda der Bevölkerung, aber sehr wohl in Bezug auf Partei- und Koalitionspräferenzen".

Meinung der Bevölkerung

Alle Angaben in Prozent

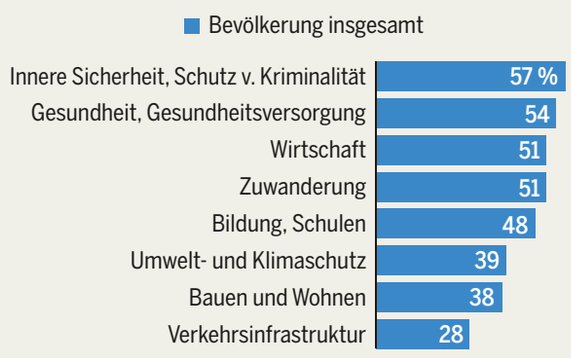
Positive Bilanz der Amtszeit des Ministerpräsidenten ...

Frage: „Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist seit 2011 im Amt. Wie ist Ihre Meinung: War Winfried Kretschmann alles in allem ein guter oder kein guter Ministerpräsident für Baden-Württemberg?"



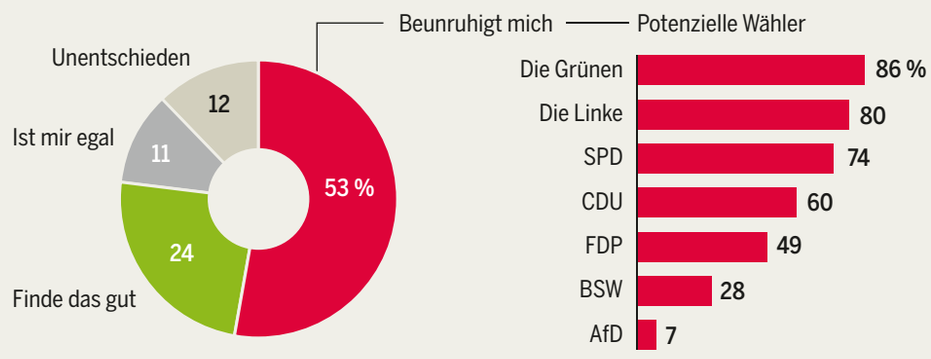
Bekannt ist nur Cem Özdemir

Frage: „Hier stehen die Spitzenkandidaten der Parteien für die kommende Landtagswahl. Von welchen haben Sie schon einmal gehört oder gelesen?"



Sorge über die Entwicklung der AfD

Frage: „Derzeit sieht es danach aus, als könnte die AfD bei den kommenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg deutlich Stimmen dazugewinnen. Beunruhigt Sie das, oder finden Sie das gut, oder ist Ihnen das egal?"



Brandmauer?

Frage: „Wie sehen Sie das: Sollten die anderen Parteien offen für eine Zusammenarbeit oder für eine Koalition mit der AfD sein, oder sollten die anderen Parteien das ausschließen?"

Die landespolitische Agenda der Bevölkerung

Frage: „Im Frühjahr 2026 finden in Baden-Württemberg die nächsten Landtagswahlen statt. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Themen, um die es bei der Landtagswahl vor allem gehen sollte?"

HSt-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6184/VI

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Kretschmann sieht Vertrauen in Staat erschüttert

STUTTGART Aus Sicht von Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat der Skandal um jahrelang nicht besetzte Lehrerstellen in Baden-Württemberg schwerwiegende Folgen. Es sei ein Fehler passiert, der höchst gravierend sei – vor allem für Schüler, Eltern, Lehrer und auch solche, die es werden wollten, sagte der Grünen-Politiker in Stuttgart. Für diese tue ihm das sehr leid. Der Fehler sei aber auch gravierend, weil er das Vertrauen in einen funktionierenden Staat erschüttern müsse, so Kretschmann.

Man habe nun aber auch die Chance, die Stellen für das kommende Schuljahr zu besetzen, sagte Kretschmann. Er habe Bildungsministerin Theresa Schopper (Grüne) gesagt, dass die Besetzung zum kommenden Schuljahr allererste Priorität habe. Die Stellen müssten nach dem dringendsten Bedarf vergeben werden, sagte der Regierungschef.

Die Landesregierung hatte vergangene Woche einräumen müssen, dass wegen einer schweren IT-Panne 1440 Lehrerstellen im Südwesten versehentlich nicht besetzt worden seien. Grund ist ein Softwarefehler, der bis auf das Jahr 2005 zurückgeht, wie das Kultusministerium und das Finanzministerium mitgeteilt hatten. Dieser Fehler sei über all die Jahre unbemerkt geblieben.

Wie das passieren konnte, müsse aufgearbeitet werden, sagte Kretschmann. Bislang könne man über den Fehler nur mutmaßen. Für die Zukunft müsse man schauen, wie man das Personalverwaltungssystem aufsetzen müsse, dass die Personalverwaltung funktioniere. Dabei werde sicher auch die Künstliche Intelligenz helfen. *dpa*

13-Jähriger flüchtet mit gestohlenem Auto vor Polizei

DITZINGEN Zwei Jugendliche haben sich im Landkreis Ludwigsburg eine Verfolgungsfahrt mit der Polizei geliefert und dabei einen schweren Unfall gebaut. Beide wurden laut Polizei leicht verletzt.

Ersten Erkenntnissen zufolge saß ein 13-Jähriger am Steuer. Den Wagen soll er in der Nacht zusammen mit einem 15-Jährigen in Stuttgart gestohlen haben. Laut einer Polizeisprecherin stand der Wagen an der Straße. Wem das Auto gehörte und wie genau die Jugendlichen sich Zugang dazu verschafften, ist noch unklar.

Nachdem Zeugen die Polizei über den Diebstahl informiert hatten, wollten die Beamten die Jugendlichen kontrollieren, wie es hieß. Allerdings habe der Fahrer die Anhaltesignale ignoriert und sei mit „hoher Geschwindigkeit" in Richtung Ditzingen davongefahren.

Zu den Beweggründen der beiden Jugendlichen war zunächst nichts bekannt. Die Sprecherin sagte, dass beide bereits polizeibekannt seien. Die möglichen Konsequenzen für die Jugendlichen seien bisher nicht absehbar – zumal der 13-Jährige rechtlich noch nicht strafmündig ist.

An dem gestohlenen Auto entstand ein Schaden von rund 50 000 Euro, wie die Polizei mitteilte. *dpa*

Aras will strengere Kontrollen

STUTTGART Um den möglichen Einfluss von Extremisten einzudämmen und die Demokratie zu schützen, schlägt Landtagspräsidentin Muhterem Aras unter anderem strengere Kontrollen von Mitarbeitern und Änderungen der Landesverfassung vor.

Den fünf Landtagsfraktionen – also von Grünen, CDU, SPD, FDP und AfD – habe sie zur weiteren Beratung unter anderem vorgeschlagen, von neuen Mitarbeitern eine sogenannte unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister zu verlangen. Diese erfasse anders als das einfache Führungszeugnis alle strafrechtlichen Verurteilungen und nicht nur solche ab einer Strafe von 90 Tagessätzen.

Zudem enthalte sie auch bestimmte Verwaltungsentscheidungen beispielsweise nach dem Waffengesetz. *dpa*

Kurz notiert

Rheinbrücke gesperrt

KARLSRUHE Ein Unfall nahe der Rheinbrücke auf der Karlsruher Südtangente hat den Verkehr stark beeinträchtigt. Einer Polizeisprecherin zufolge stauten sich die Fahrzeuge auf der Bundesstraße 10 bis nach Rheinland-Pfalz. Für die Aufräumarbeiten wurde die Rheinbrücke in Richtung Karlsruhe für fünf Stunden komplett gesperrt. Am Morgen war ein Lastwagenfahrer auf der B10 in Richtung Karlsruhe unterwegs, als er an einer Baustelle auf eine rund 50 Zentimeter hohe Betonschutzwand fuhr. Laut Polizei wurde dadurch die Tankwanne des Lastwagens aufgerissen. In beide Richtungen bestand Gefahr durch auslaufende Betriebsstoffe. Ersten Erkenntnissen zufolge wurde niemand verletzt. Die Schadenshöhe könne noch nicht beziffert werden, hieß es. *dpa*

SEK-Einsatz

WINNENDEN Der Streit zwischen zwei 39-jährigen Männern im Rems-Murr-Kreis ist mit einem SEK-Einsatz geendet. Wie die Polizei mitteilte, waren die beiden in der Nacht gleich zweimal in Winnenden und in Leutenbach aneinander geraten. Einer von ihnen soll dabei den anderen mit einem Schlagstock angegriffen haben. Worum es in dem Streit ging, ist laut einem Polizeisprecher nicht bekannt. Den Angaben zufolge soll der Angreifer seinen Kontrahenten auch mit einer Schusswaffe bedroht haben. Deshalb sei auch das Spezialeinsatzkommando alarmiert worden. Schüsse waren laut dem Sprecher aber nicht gefallen. *dpa*

Fritteuse löst Brand aus

BACKNANG In einem Backnanger Imbiss ist bei einem Brand einer Fritteuse ein Schaden von rund 100 000 Euro entstanden. Das Feuer breitete sich über die Abzugsanlage weiter aus, wie die Polizei mitteilte. Der Betreiber des Imbisses erlitt einem Polizeisprecher zufolge bei Löschversuchen eine leichte Rauchvergiftung und wurde durch den Rettungsdienst vor Ort versorgt. Die Ursache für das Feuer war zunächst noch unklar. *dpa*

Haft für „Querdenken"-Gründer Ballweg gefordert

Nach dem monatelangen Betrugsprozess sind zum Abschluss der Verhandlungen die Fronten verhärtet

Von Nico Pointner

STUTTGART Im Betrugsprozess gegen „Querdenken"-Initiator Michael Ballweg fordert die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von drei Jahren. Der Angeklagte werde als Opfer inszeniert, sehe sich selbst als Märtyrer an im Kampf gegen einen Unrechtsstaat, sagte die Staatsanwältin Franziska Gräfe in Stuttgart. „In Wahrheit steht ein gewöhnlicher Angeklagter vor Gericht." Neben der Freiheitsstrafe fordert die Anklagebehörde die Einziehung von mehr als einer halben Million Euro – dabei soll es sich um Gelder handeln, die Ballweg für seine Bewegung eingeworben, aber für eigene Zwecke verwendet haben soll.

Ballwegs Verteidiger hingegen plädierten auf Freispruch und Haftentschädigung für den 50-jährigen Unternehmer. „Grimms Märchen sind gegenüber dem, was sie vorgetragen haben, eine Enzyklopädie des Fachwissens", sagte Rechtsanwalt Reinhard Löffler zur Staatsanwaltschaft.

Michael Ballweg steht seit Monaten wegen versuchten Betrugs und mehreren Steuerdelikten vor Gericht. Das Landgericht hatte bereits im Frühjahr eine Einstellung des Verfahrens vorgeschlagen – wegen Geringfügigkeit. Die Staatsanwaltschaft lehnte ab. Bis zu einem rechtskräftigen Urteil gilt die Unschuldsvermutung. Das Urteil soll am 31. Juli fallen.

> „In Wahrheit steht ein gewöhnlicher Angeklagter vor Gericht."
>
> Staatsanwältin Franziska Gräfe

Der Unternehmer soll nach Angaben der Staatsanwaltschaft durch öffentliche Aufrufe mehr als eine Million Euro von Tausenden Menschen für die Organisation eingeworben, die Spender aber über die Verwendung von Geldern getäuscht haben. Die Ankläger werfen ihm vor, mehr als eine halbe Million für private Zwecke verwendet zu haben. Dokumentiert sind belegbare Ausgaben für die „Querdenken"-Bewegung in Höhe von 843 111,68 Euro. Ballweg ist nicht wegen Betrugs, sondern nur wegen versuchten Betrugs angeklagt, weil einigen Spendern wohl gleichgültig war, was mit dem Geld passiert, so die Argumentation der Staatsanwaltschaft.

Für Michael Ballweg hat die Staatsanwaltschaft drei Jahre Haft gefordert. Seine Verteidiger plädieren auf Freispruch. Foto: dpa

Unterstützer Ballwegs Anwälte hatten die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft von Beginn an zurückgewiesen. Der „Querdenken"-Initiator saß wegen der Ermittlungen ab Juni 2022 bereits mehrere Monate in Untersuchungshaft – die Behörden sahen Fluchtgefahr. Unterstützer demonstrierten regelmäßig vor dem Gefängnis. Im April 2023 wurde er entlassen.

Die „Querdenken"-Bewegung war während der Corona-Pandemie in Stuttgart entstanden und hatte sich bundesweit verbreitet. *dpa*